

Kostenbremse-Initiative

Kostenbremse-Initiative

Initiative pour un frein aux coûts

Ausgangslage:

- Die Initiative wurde von der Mitte-Partei lanciert und ist am 02.06.2020 mit über 103'000 Unterschriften zustande gekommen.
- In der Schlussabstimmung hat der Nationalrat die Initiative mit 110 zu 31 Stimmen bei 55 Enthaltungen zur Ablehnung empfohlen, der Ständerat mit 20 zu 14 Stimmen bei 10 Enthaltungen.
- Geschlossen unterstützt wurde die Initiative nur von der Mitte-Fraktion. Geschlossen bzw. fast geschlossen dagegen: GLP, FDP, SVP. Mehrheitlich enthalten haben sich die Grüne Fraktion (18 Enth., 12 Ablehnungen) und die SP-Fraktion (35 Enth., 4 Ablehnungen).
- Es wurde fast einstimmig ein indirekter Gegenvorschlag verabschiedet (Änderung des KVG, Nationalrat: 163:0 bei 33 Enth., mehrheitlich aus der Grünen Fraktion, Ständerat: 39:1 bei 4 Enth.)

Kostenbremse-Initiative

Initiative pour un frein aux coûts

Initiativtext:

Art. 117 Abs. 3 und 4 & Art. 197 Ziff. 12

³ Er [der Bund] regelt in Zusammenarbeit mit den Kantonen, den Krankenversicherern und den Leistungserbringern die Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung so, dass sich mit wirksamen Anreizen die Kosten entsprechend der schweizerischen Gesamtwirtschaft und den durchschnittlichen Löhnen entwickeln. Er führt dazu eine Kostenbremse ein.

⁴ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

12. Übergangsbestimmung zu Art. 117 Abs. 3 und 4 (Kranken- und Unfallversicherung)

Liegt die Steigerung der durchschnittlichen Kosten je versicherte Person und Jahr in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zwei Jahre nach Annahme von Artikel 117 Absätze 3 und 4 durch Volk und Stände mehr als ein Fünftel über der Entwicklung der Nominallöhne und haben die Krankenversicherer und die Leistungserbringer (Tarifpartner) bis zu diesem Zeitpunkt keine verbindlichen Massnahmen zur Kostendämpfung festgelegt, so ergreift der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen Massnahmen zur Kostensenkung, die ab dem nachfolgenden Jahr wirksam werden.

Kostenbremse-Initiative

Initiative pour un frein aux coûts

Argumente des Initiativkomitees:

- Ungebremstes Prämienwachstum stoppen! Heute bezahlt eine 4-köpfige Familie bis zu 15'000 Fr. / Jahr für KK-Prämien, es braucht eine Entlastung! Die Verantwortungsvollen bezahlen heute für die Ineffizienz der anderen.
- Anreize richtig setzen! Das heutige System strotzt von Fehlanreizen. Die notwendigen & bekannten Korrekturmassnahmen werden aber nicht oder nur zögerlich umgesetzt.
- Alle Beteiligten in die Verantwortung nehmen! Kassen, Ärzte etc. sind gefordert. Es kann nicht sein, dass das Gesundheitswesen zu einer Selbstbedienungs-Kasse für Leistungserbringer verkommt und die Versicherten dafür geradestehen müssen. Die Politik hat bislang versagt.
- Nur die Kostenbremse bringt Besserung! Es braucht einen direkten Auftrag vom Volk: Die Kostenbremse ist die einzige Massnahme, die Verantwortung und Solidarität fördert, Druck erzeugt und den Akteuren Beine macht.
- Unnötige Kosten endlich eliminieren! 6 Milliarden können eingespart werden, ohne Qualitätseinbussen. Im Gegenteil: Übertherapie und Übermedikation gefährden unsere Gesundheit – schützen wir sie!
- Mehrklassenmedizin droht: Geht die Kostensteigerung weiter wie bisher, droht eine Kürzung des Leistungskatalogs für Grundversicherte. Gerade der Mittelstand wird sich in Zukunft die Gesundheit teilweise nicht mehr leisten können. Teurere Therapien und Behandlungen werden sich nur noch Reiche leisten können.

Kostenbremse-Initiative

Initiative pour un frein aux coûts

Inhalt des indirekten Gegenvorschlags:

- Einführung von Kosten- und Qualitätszielen
- Der Bundesrat soll alle vier Jahre Vorgaben für die Leistungen gemäss KVG machen.
- Für den Fall, dass Ziele nicht erreicht werden, macht er aber keine Vorgaben.
- Der Bundesrat kann Anpassungen an den Tarifstrukturen vornehmen, wenn sie sich als nicht mehr sachgerecht erweisen und sich die Parteien nicht auf eine Revision einigen können.

Kostenbremse-Initiative

Initiative pour un frein aux coûts

Haltung der Fraktion:

- Die Problematik ist unbestritten, aber die Initiative bietet keine zusätzlichen Lösungsansätze. Es wird von Zusammenarbeit und einer Kostenbremse gesprochen, aber konkreter wird es nicht. Das ist zu wenig für einen Verfassungsartikel.
- Die fixe Anbindung an Wirtschaft und Lohn fokussiert einseitig auf den Preis und berücksichtigt nicht das Preis-Leistungs-Verhältnis und weitere Faktoren (Alterung der Gesellschaft, Konjunkturschwankungen, vielversprechend Therapien, für die wir vielleicht bereit sind, mehr zu bezahlen). Die Initiative könnte hier zu störenden Effekten führen, zum Beispiel innovationsschädliche Ausgestaltung.
- Gerade auch die Mitte-Partei trägt viel dazu bei, dass (geografisch kleinräumige) Partikularinteressen im Gesundheitssystem noch immer höher gewichtet werden als Effizienzsteigerungen.
- Es braucht keinen Handlungsimpuls, sondern Lösungsverantwortung: eine Vielzahl von politischen Prozessen sind unterwegs (zahlreiche Vorstösse, immer wieder Ideen & Ansätze vom Bundesrat, Kostendämpfungspaket 1, jetzt Gegenvorschlag zur Initiative).